

Die Jungen setzen zum Sprung an

Söhne und Töchter gestandener Politiker drängen selber in politische Ämter

Von Peter de Marchi

Liestal. Das friedliche Gespräch am Mittagstisch nimmt eine bedrohliche Wende. Politik kommt ins Spiel, ein Wort gibt das andere, plötzlich fliegen die Fetzen: Atomausstieg, aber subito; die Fachhochschule ist zu teuer; der Kanton darf nicht zu Tode gespart werden. Am Tisch sitzen Christine Koch Kirchmayr, SP-Landrätin, Klaus Kirchmayr, finanzpolitischer Vordenker der Grünen-Landratsfraktion, und ihre drei Söhne. Der 18-jährige Jan ist bei den Jusos und kandidiert in diesem Jahr für die Aeschler Gemeindekommission. Rotgrüne Politschlacht am Mittagstisch.

Nein, richtig gestritten werde in der Familie nicht, sagt Jan Kirchmayr, und wenn, dann gehe es meist um Details. «Wenn sich die Diskussion beispielsweise um das Sparpaket dreht, dann hat Jan nicht gerade Freude an mir», sagt Vater Klaus lachend. Dann werde es schwierig, ihm die eigenen Argumente plausibel zu machen.

Schwiegertochter bei der FDP

Die Jungpolitikerinnen und -politiker stehen in den Startlöchern. Allein ein Blick auf die Kandidatinnen und Kandidaten für den Liestaler Einwohnerrat zeigt fünf prominente Namen, Söhne und Töchter, deren Eltern sich, wie bei Jan Kirchmayr, über die Stadtgrenze hinaus einen politischen Namen gemacht haben: Luciana Geier, Priscilla Augstburger, Anna Ott, Corinne Hügli-Baltzer und Dominique Meschberger.

Der Apfel fällt nirgendwo weit vom Stamm: Die 38-jährige Luciana Geier kandidiert für die FDP; ihre Schwiegermutter Beatrice Geier war Landrätin und Parteipräsidentin. In den 90er-Jahren war sie die Grande Dame des liberalen Flügels des Freisinns; im vergangenen Jahr hat sie der Partei den Rücken gekehrt, aus Enttäuschung über den Theaterscheid der FDP. «Dennoch hat sie mich ermutigt, bei den Freisinnigen Politik zu machen», sagt Luciana Geier.

Es war allerdings nicht die Schwiegermutter, die Luciana Geier für die FDP-Liste des Einwohnerrates angeworben hat. Landrätin Regina Vogt habe sie angefragt. Die Brasilianerin ist seit 13 Jahren in der Schweiz, spricht perfekt Deutsch, hat sich daran gewöhnt, dass sie für jede Jahreszeit andere Kleider braucht, und hat jetzt zum Sprung in die Politik angesetzt.

Corinne Hügli-Baltzers Mutter, Christine Baltzer, war ebenfalls FDP-Landrätin und eine Weggefährtin von Beatrice Geier. Tochter Corinne allerdings zog es nicht zum Freisinn, sie kan-



Die Grüne. Anna Ott arbeitet beim Bruno Manser-Fonds und will später Politikwissenschaft studieren.



Der Juso. Jan Kirchmayr hat am Gymnasium Münchenstein viele Gleichgesinnte.



Die Freisinnige. Luciana Geier kam vor 13 Jahren aus dem Nordosten Brasiliens in die Schweiz.



Die Grünliberale. Corinne Hügli-Baltzer suchte lange nach einer Partei, die ihr entsprach.



Die Evangelische. Priscilla Augstburger engagiert sich auch in ihrer Freizeit für christliche Werte.

didiert für die Grünliberalen. Für den Erzfeind der FDP? Nein, sagt Corinne Hügli-Baltzer. Sie habe lange nach einer Partei gesucht, die ihren eigenen Werten entspreche. Die freisinnige Grundhaltung, die stets den Schutz der Umwelt mitdenke, das habe ihr bei den Grünliberalen gefallen. Mit 31 Jahren kandidiert sie jetzt für den Einwohnerrat. «Und die Mutter findet es gar nicht

schlimm, dass ich bei den Grünliberalen gelandet bin.»

Ganz in die Fussstapfen ihrer Eltern treten Priscilla Augstburger, Anna Ott und Dominique Meschberger. Priscilla, die 19-jährige Tochter von EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger, bekennt sich zu den christlichen Werten ihrer Partei. Es gebe kaum politische Reibungsflächen mit ihrer Mutter. «Wir politisieren

auf der gleichen Wellenlänge.» Es brauche auch junge Leute, die hinstehen für eine kleine Partei.

100 Prozent Sozialdemokratie

Dominique Meschberger ist die Tochter einer prominenten Birsfelder SP-Familie – durch und durch Politfamilie. Ihr Vater, Peter Meschberger, war lange Jahre Gemeindepräsident und Landrat; ihre Mutter, Regula Meschberger, ist amtierende Landrätin und kandidiert jetzt für den Gemeinderat. Die 37-jährige Tochter Dominique will jetzt in den Liestaler Einwohnerrat – natürlich für die SP.

Und die 19-jährige Anna Ott, sie ist grün, grün wie ihr Vater Lukas Ott, einst jüngster Landrat im Kanton, heute Stadtrat in Liestal. «Bei den Grünen finde ich die grösste Übereinstimmung mit meinen eigenen Ideen.» Eine andere Partei sei für sie gar nie infrage gekommen, sagt Anna Ott. Die Tochter sitzt im Einwohnerrat, der Vater im Stadtrat; er muss ein Geschäft vertreten, ihr passt das gar nicht. Wagt sie zu motzen? Kein Problem, sagt Anna Ott, ohne eine Sekunde überlegen zu müssen: «Es geht nicht um Personen, es geht um die Partei und ihre Ideen.»

Und Vater Ott ist stolz, dass die Tochter in die Politik einsteigen will und dass der Apfel nicht weit vom Stamm gefallen ist. «Die Kinder bahnen sich ihren Weg selber. Ich habe nie mit missionarischem Eifer versucht, ihnen meine Gedanken überzustülpen.»

Nachrichten

Zwei Verletzte bei heftiger Auffahrkollision

Münchenstein. Gestern Nachmittag stiessen auf der Kantonsstrasse über das Bruderholz zwei Autos heftig zusammen. Beide Wagen waren in Richtung Münchenstein unterwegs, als es um 15.48 Uhr zu einer Auffahrkollision kam. Ursache und Hergang des Unfalls sind nach Angaben der Polizei noch unklar. Zwei Personen wurden verletzt und mussten ins Spital gebracht werden, die Fahrzeuge wurden stark beschädigt und mussten abgeschleppt werden. Wegen der Bergungs- und Aufräumarbeiten konnte der Verkehr über längere Zeit nur einspurig geführt werden, es kam in beiden Fahrrichtungen zu Rückstau und Wartezeiten. Betroffen war auch der öffentliche Verkehr.

Drei Autos krachen im Tunnel ineinander

Muttenz. Gestern morgen um 6.45 Uhr ereignete sich auf der A2 im Schweizerhalletunnel eine Auffahrkollision, in die drei Fahrzeuge involviert waren. Auslöser der Karambolage war ein Pannenfahrzeug, welches auf dem rechten Fahrstreifen im Tunnel stand. Nachdem die rechte Spur gesperrt worden war, bildete sich ein Rückstau. Ein 24-jähriger Autolenker bemerkte die Kolonne zu spät und krachte in das Heck des Vordermannes. Dessen Fahrzeug wurde in ein weiteres Auto geschoben. Die beiden hinteren Fahrzeuge wurden massiv beschädigt und mussten abgeschleppt werden. Auf der A2 kam es in Fahrtrichtung Bern/Luzern zu einem Rückstau von rund sieben Kilometern.

Motorrad übersehen und umgefahren

Oberwil. Am Montagnachmittag um 16.50 Uhr prallte auf der Binningerstrasse ein Auto in ein Motorrad und brachte dieses zu Fall. Der 78-jährige Autolenker war in Richtung Oberwil Dorf unterwegs und wollte sein Fahrzeug wenden, um zurück nach Bottmingen zu fahren. Dabei übersah er ein Motorrad, das an der stockenden Autokolonne vorbeifuhr. Der 56-jährige Motorradfahrer verletzte sich beim Sturz an der Schulter und musste ins Spital eingeliefert werden.

Liestaler FDP will sofortige H2-Sanierung

Liestal. Die FDP Liestal hat eine Petition zur sofortigen Sanierung der H2 gestartet. Neben der Sanierung fordert sie zwei Vollanschlüsse bei der Gasstrasse und am Altmarkt. Man befürchte, dass die Sanierung aus Spargründen zurückgestellt und auf die beiden Anschlüsse verzichtet werde, so die FDP Liestal in einer Mitteilung. Regierung und Landrat sollen deshalb beim Bund Einfluss nehmen. Die Petition soll Ende März eingereicht werden.

EBL baut Windpark in Norddeutschland

Liestal. Nach der Beteiligung an einem Solarkraftwerk in Spanien und dem Projekt Helvetic Wind baut die Elektra Baselland (EBL) zusammen mit dem Projektentwickler Vernotec einen 10-Megawatt-Windpark in Norddeutschland. Fünf Turbinen sollen jährlich 21 Millionen Kilowattstunden Strom liefern, was für rund 5000 Haushalte ausreichen soll, wie die EBL mitteilt. Der Windpark soll in Möhlitz, rund 100 Kilometer westlich von Berlin, zu stehen kommen und ist nach EBL-Angaben baureif. Um die Produktion aus erneuerbarer Energie auszubauen, sei es notwendig, in Projekte im Ausland zu investieren, so die EBL.

Strasse wegen Holzschlag gesperrt

Rünenberg. Zwischen der Sommerau und Rünenberg werden vom 5. bis zum 9. März Sicherheitsholzungen durchgeführt. Während dieser Zeit bleibt die Strasse jeweils von 8.00 bis 17.00 Uhr gesperrt. Die Verbindung über Gelterkinden bleibt offen.

Arbeit für die Geschäftsprüfer

SP will Adressbeschaffung der CVP untersuchen lassen

Birsfelden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Gemeinde Birsfelden erhält dieser Tage Post: Die GPK, so heisst es in einem Brief der SP, soll abklären, ob es rechtmässig war, dass sich zwei Gemeinderäte bei der Einwohnerkontrolle personenbezogene Daten beschaffen. Konkret geht es um Gemeindepräsident Claudio Botti und Simon Oberbeck (beide CVP), die alle neu Eingebürgerten zu einem Aperitif eingeladen haben – und deren Namen und Adressen via Verwaltung in Erfahrung brachten (BaZ vom 11.2.). Der Anlass steht im Ruch, eine blosses Wahlkampfplattform gewesen zu sein.

«Dass die Einwohnerkontrolle einen Fehler gemacht hat, wissen wir», sagt SP-Parteipräsident Walter Märki. Man wolle auch nicht weiter auf den Angestellten herumhacken – das Verhalten der beiden Gemeinderäte aber, das man weiter als «äusserst fragwürdig» ansehe, müsse unter die Lupe genommen werden, so Märki. Dabei geht es um die Frage, wie deren aktives Vorgehen bei der Adressbeschaffung zu werten ist.

Wie die GPK die Forderungen aufnehmen wird, ist offen. Ihr Präsident Erich Gubler weilt diese Woche im Ausland und war deshalb nicht für eine Stellungnahme erreichbar. gs

Pensionskasse bekommt recht – Lebenspartner geht leer aus

Das Bundesgericht schützt ein restriktives Baselbieter Dekret

Von U.-P. Inderbitzin und T. Gubler

Lausanne/Liestal. Die Basellandschaftliche Pensionskasse darf die Auszahlung einer Rente an den Lebenspartner einer verstorbenen Versicherten an strenge Voraussetzungen knüpfen. Das Bundesgericht sieht darin keine Verletzung von Bundesrecht. Das diesbezügliche Dekret ist allerdings nur noch bis Ende 2013 in Kraft. Wie es danach weitergeht, ist noch offen.

Mehr als zehn Jahre hatte ein Paar zusammengelebt und -gewohnt, als die Partnerin verstarb. Die Frau war pensioniert und hatte von der Basellandschaftlichen Pensionskasse eine Rente bezogen. In der Folge verlangte der überlebende Konkubinatspartner von der Pensionskasse, es sei ihm eine Lebenspartnerrente auszurichten. Diese wurde ihm jedoch verweigert.

Nach dem Baselbieter Kantonsgericht hat nun auch das Bundesgericht eine Leistungspflicht der Pensionskasse verneint. Die Bestimmungen des Pensionskassendekrets sehen nämlich einen Anspruch auf eine Lebenspartnerrente nur dann vor, wenn das Paar zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten ununterbrochen während mindestens fünf

Jahren in einer Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt zusammengelebt hat. Dieses Kriterium war im vorliegenden Fall eindeutig erfüllt und unbestritten. Als zweite Voraussetzung sieht das Dekret eine Lebenspartnerrente aber nur vor, wenn die hinterbliebene Person vom verstorbenen Partner in erheblichem Masse unterstützt wurde.

Unterstützung war zu gering

Das Bundesgericht hat nun in einem Grundsatzurteil entschieden, dass es aus Sicht des Bundesrechts zulässig ist, in einem Pensionskassenreglement für die Ausrichtung einer Lebenspartnerrente kumulativ eine fünfjährige Lebensgemeinschaft und eine erhebliche Unterstützung der hinterbliebenen Person zu verlangen. Mit anderen Worten: dass nicht die eine oder die andere Bedingung, sondern beide gleichzeitig erfüllt sein müssen.

Im konkreten Fall war umstritten, ob die verstorbene Frau ihren Partner in erheblichem Masse unterstützt hatte. Nach Meinung des Bundesgerichts war dies nicht der Fall. Das Paar trug die Lebenshaltungskosten gemeinsam, wobei die verstorbene Lebenspartnerin in den Jahren 2004 bis 2008 durchschnitt-

lich rund 13 Prozent mehr beisteuerte als ihr Partner. Von einer erheblichen Unterstützung kann angesichts dieser Zahlen nach Meinung des Bundesgerichts aber nicht die Rede sein. Damit stand fest, dass die Pensionskasse dem Mann keine Rente ausrichten muss.

Für den Chef der Basellandschaftlichen Pensionskasse (PK), Hans Peter Simeon, ist das Urteil eine Bestätigung der Praxis. Das betroffene Dekret ist allerdings nur noch bis Ende 2013 in Kraft. Im Zusammenhang mit der PK-Sanierung wird von den politischen Behörden ein Neues erlassen, das die diesbezüglichen Rentenmodalitäten auf Stufe Reglement delegiert. «Ob sich der Verwaltungsrat dann für die gleiche Lösung wie bisher entscheidet, ist noch offen», erklärt Simeon. Die Baselbieter Regierung hatte Anfang Februar die Massnahmen zur Pensionskassensanierung vorgestellt. Deren Umsetzung kosten Kanton, Gemeinden sowie die weiteren angeschlossenen Institutionen insgesamt 2,3 Milliarden Franken. Rund 44 Prozent der Sanierungskosten gehen direkt oder indirekt zulasten der Arbeitnehmer. Unter anderem soll das Rentenalter von 64 auf 65 erhöht werden. Urteil 9C_676/2011 vom 3.2.2012.